

## Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates

**Verhandelt am: 24.06.2020**

**Anwesende Stadträte: 17**

**Abwesende Stadträte: 1**

Beginn der Sitzung: 19:30 Uhr  
Ende der Sitzung: 22:30 Uhr

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Herr Lorenz Kruß

#### Stadträte

Herr Friedemann Alber

Herr Marc Bubeck

Herr Adalbert Bund

Herr Martin Gärtner

Herr Ernst Harrer

Herr Jörg Harrer

Herr Jörg Kimmich

Herr Jugoslav Lukic

Herr Christoph Mack

Frau Nadine Madera

Herr Karl Rapp

Frau Pia Schwarz

Herr Jürgen Steck

Frau Eva Sturm

Frau Annette Thaler

Herr Thomas Vater

Herr Dieter Weiler

#### von der Verwaltung

Herr Matthias Hirn

Herr Christian Thumm

#### Schriftführung

Frau Sabine Zalder

### **Abwesend:**

#### Stadträte

Herr Gunter Schaal



## Tagesordnung:

- § 1 Fragen und Anregungen aus der Bürgerschaft
- § 2 Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung
- § 3 Bedarfsplanung Kindertagesbetreuung 2020
- § 4 Erlass der Gebühren für die Benutzung der Kindertagesstätten, der Kernzeit- und Nachmittagsbetreuungen für die Monate April und Mai 2020
- § 5 Erhebung von Gebühren und Entgelten für die Benutzung der Notbetreuungen an den Schulen und Kindertageseinrichtungen ab 17. März 2020 sowie des eingeschränkten Regelbetriebs in den Kindertageseinrichtungen ab 25. Mai 2020
- § 6 Anerkennung der Niederschriften der Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse
- § 7 Bürgermeisterwahl 2020 - Modalitäten
- § 8 Beratung über eine haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß § 29 GemHVO im Haushaltsjahr 2020
- § 9 Sanierung des Ricoten-Spielfeldes in Aichtal-Neuenhaus - Vergabe eines Nachtrages
- § 10 Verschiedenes
  - § 10.1 Buswartehäuschen Grötzingen Ortsmitte
  - § 10.2 Quartier 2020

## Zur Beurkundung:

**Der Vorsitzende:**  
**Bürgermeister**

**Schriftführerin:**

**Stadträte:**



## § 1

### Fragen und Anregungen aus der Bürgerschaft

#### a) Verwendung von Mikrofonen in Sitzungen

Ein Bürger, der regelmäßiger Zuhörer in allen Sitzungen ist, spricht die letzte Sitzung des Verwaltungsausschusses an. In dieser weigerte sich ein Stadtrat, an das aufgestellte Mikrofon zu kommen. Hierüber war dieser Bürger sehr erstaunt und appelliert an die Verantwortung gegenüber den anwesenden Bürgerinnen und Bürger, für die alles ermöglicht werden sollte, die Wortbeiträge gut zu hören und zu verstehen.

#### b) Verkehr

Ein Bürger thematisiert das Thema Verkehr am Ortseingang Aich von Grötzingen her kommend. Er wohnt dort und berichtet von hohen gefahrenen Geschwindigkeiten und damit verbundenem Lärm. Er stellt fest, dass dieser Ortseingang der einzige in Aich ist, an dem es keine entsprechende Einengung gibt und fordert zudem eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 40 km/h auf den Ortsdurchfahrten. Ihn interessiert, wie weit inzwischen das Mobilitätskonzept gediehen ist.

Bürgermeister Kruß berichtet, dass derzeit die Lärmaktionsplanung erfolgt, wofür die Ist-Analyse des Mobilitätskonzepts die Voraussetzung war. Bürgermeister Kruß hofft, dass die Lärmaktionsplanung im Oktober vorliegt, denn dann könnten Anträge beispielsweise auf Geschwindigkeitsbeschränkungen gestellt werden. Voraussetzung für die Genehmigung entsprechender Anträge sind die Kfz-Zahlen sowie die Lärmwerte. Welche anderen Möglichkeiten, beispielsweise bauliche, es gibt, wird das Mobilitätskonzept aufzeigen. Im Übrigen wird der Ausschuss für Umwelt und Technik sich demnächst mit dem Thema Geschwindigkeitskontrollen befassen.

## § 2

### Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung

Unter diesem Tagesordnungspunkt gibt es nichts bekannt zu geben.

## § 3

### Bedarfsplanung Kindertagesbetreuung 2020

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 26/2020, die diesem Protokoll beigelegt ist.

Die Bedarfsplanung Kindertagesbetreuung wurde dem Kindergartenausschuss vorgestellt und am 3. Juni 2020 auch dem Verwaltungsausschuss. Dieser empfiehlt eine Zustimmung.



Stadtrat Steck dankt der Pädagogischen Fachberatung Frau Heckmann für die gute Arbeit, die sie hier geleistet hat.

Nachdem es keine weiteren Fragen gibt, fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen

## **B e s c h l u s s:**

1. Die GT-Plätze werden ausgebaut, unter anderem durch die Erweiterung der Betreuungszeit in der Kindertageseinrichtung „In der Au“ auf 17 Uhr.
2. Die Empfehlungen der Bedarfsplanung werden umgesetzt.

## **§ 4**

### **Erlass der Gebühren für die Benutzung der Kindertagesstätten, der Kernzeit- und Nachmittagsbetreuungen für die Monate April und Mai 2020**

Jeder Stadtrat erhielt zu diesem Tagesordnungspunkt die Vorlage Nr. 50/2020, die diesem Protokoll beigelegt ist.

Aufgrund der Corona-Pandemie wurden per Rechtsverordnung mit Wirkung ab 17. März 2020 unter anderem alle städtischen und privaten Kindertagesstätten sowie Schulen geschlossen. Städte- und Gemeindetag empfahlen bereits Ende März, die Gebühren und Entgelte für den Monat April auszusetzen, bis mögliche Ersatzleistungen durch Bund oder Land geklärt seien. Genauso wurde auch mit den Gebühren für Mai verfahren. Beide Interessenverbände setzten sich vehement dafür ein, dass Ersatz für die ausgefallenen Gebühren und Entgelte gewährt werden müsse, um die Belastungen der Kommunen zu verringern und die Liquidität und damit die Handlungsfähigkeit der Gemeinden nicht zu gefährden.

Bund und Land haben inzwischen den Kommunen insgesamt 200 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Stadt Aichtal hat diese Mittel zur teilweisen Deckung der Mindereinnahmen aus den Benutzungsgebühren und Entgelten der Kindertagesstätten etc. verwendet. An Ausfällen im April und Mai entstanden insgesamt 161.178 Euro. Demgegenüber stehen Einnahmen aus Erstattungen des Landes in Höhe von 122.657,01 Euro. Zieht man davon den Anteil für den Waldorfkindergarten und den Waldkindergarten ab, verbleiben noch 103.299,26 Euro. Damit entsteht der Stadt ein Gesamtausfall an Gebühren in Höhe von 57.878,74 Euro. Man rechnet nicht mit weiteren Geldern des Landes.

Nachdem im April und Mai abgesehen von den Notbetreuungen keinerlei Betreuung stattgefunden hat, können aus Sicht der Verwaltung hierfür auch keine Gebühren verlangt werden. Da es für den Monat März jedoch keinerlei Erstattung durch das Land gab, schlägt die Stadt hier keine Rückzahlung vor.

Stadträtin Thaler kann diesem Vorgehen zustimmen. Sie interessiert in diesem Zusammenhang, ob die Stadt für den nun anstehenden Regelbetrieb ausreichend Personal zur Verfügung hat und ob Kurzarbeitergeld beantragt wurde.

Bürgermeister Kruß berichtet, dass für den Monat Juni Kurzarbeit für Hallenbad und Erzieherinnen angemeldet wurde. Der Tarifvertrag Covid 19 legt die Messlatte sehr hoch. Zudem wurde er erst Ende April ratifiziert, so dass vorher eine Antragstellung nichtmöglich war. Im



Altkreis Nürtingen ist Aichtal beinahe die einzige Stadt, die Kurzarbeit beantragt. Angehörige von Risikogruppen müssen ein Attest des Betriebsarztes vorlegen. Bei Personal, das zur Risikogruppe gehört und beispielsweise keine Arbeit am Kind machen darf, wird versucht, dieses an anderen Stellen wie beispielsweise in der Verwaltung zu beschäftigen. Während der Zeit der Freistellung arbeiteten die Erzieherinnen zu Hause oder in der Einrichtung pädagogische Konzepte aus oder leistete andere Vorbereitungsarbeiten.

Zur weiteren Frage von Stadträtin Thaler, wie der Personalausfall aufgefangen wird, erläutert Bürgermeister Kruß, dass momentan der Mindestpersonalschlüssel um 20 % unterschritten werden darf. Damit kommt man mit dem zur Verfügung stehenden Personal aus.

Stadträtin Sturm spricht die verkürzten Schließungszeiten der Einrichtungen im Sommer an.

Frau Heckmann berichtet, dass die Sommerferien in den Einrichtungen von drei auf zwei Wochen verkürzt wurden. Damit will man den Eltern entgegenkommen. Bei den Eltern wurde eine entsprechende Abfrage gemacht. Für die Erzieherinnen schuf man eine Sonderregelung für die Übertragung ihres Urlaubs ins neue Jahr. Für diejenigen, die bereits Urlaub gebucht hatten, wurden individuelle Lösungen gefunden.

Stadtrat Gärtner stellt fest, dass es von der Stadt sozial ist, die Gebühren zu erlassen. Ihn interessiert, wie die privaten Träger von Kindertagesstätten in Aichtal dies handhaben.

Dazu berichtet Frau Heckmann, dass diese darauf warten, wie die Stadt entscheidet.

Abschließend fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen

## **B e s c h l u s s :**

1. Auf den Einzug der regulären Gebühren und Entgelte für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen sowie der Kernzeit- und Nachmittagsbetreuungen für die Monate April und Mai 2020 wird verzichtet. Die angefallenen Gebühren und Entgelte werden –mit Ausnahme der Gebühren und Entgelte für die Notbetreuungen sowie den eingeschränkten Regelbetrieb- erlassen.
2. Eine (anteilige) Erstattung von Gebühren und Entgelten für die Zeit vom 17. bis 31. März 2020 findet nicht statt.

## **§ 5**

### **Erhebung von Gebühren und Entgelten für die Benutzung der Notbetreuungen an den Schulen und Kindertageseinrichtungen ab 17. März 2020 sowie des eingeschränkten Regelbetriebs in den Kindertageseinrichtungen ab 25. Mai 2020**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 51/2020. Sie ist diesem Protokoll beigelegt.

Nachdem aufgrund der Corona-Pandemie ab dem 17. März 2020 Schulen und Kindertagesstätten geschlossen wurden, wurden gleichzeitig die Kommunen verpflichtet, eine Notbetreuung für Kinder von Eltern mit systemrelevanten Berufen anzubieten. Unstrittig war, dass



hierfür entsprechende Gebühren zu entrichten sein werden, jedoch lange Zeit nicht, nach welchen Kriterien. Letztlich lautete die Empfehlung von Städte- und Gemeinderat immer, Gebühren und Entgelte den örtlichen Verhältnissen anzupassen. Die Verwaltung machte hierzu entsprechende Vorschläge.

Stadträtin Thaler interessiert, ob beim eingeschränkten Regelbetrieb die tatsächliche Anwesenheit bezahlt wird, was Frau Heckmann bejaht. Allen Kindern wurde ein Kindergartenbesuch ermöglicht, lediglich zwei bis drei Familien nehmen dieses Angebot auch derzeit noch nicht in Anspruch.

Abschließend fasst der Gemeinderat folgenden einstimmigen

### **B e s c h l u s s :**

1. Die Gebühren und Entgelte für die Notbetreuungen in den Kindertageseinrichtungen werden ab April 2020 stundenweise abgerechnet.
2. Die Gebühren für den eingeschränkten Regelbetrieb in den Kindertagesstätten werden ab dem 25. Mai 2020 tageweise abgerechnet.
3. Die Gebühren und Entgelte für die Notbetreuungen an den Schulen werden ab April 2020 tageweise abgerechnet.
4. Diese Formen der Abrechnung gelten bis zur vollständigen Wiedereröffnung der Schulen und Kindertageseinrichtungen.

## **§ 6**

### **Anerkennung der Niederschriften der Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 42/2020. Sie ist diesem Protokoll beigelegt.

Der Verwaltungsausschuss beschäftigte sich in seiner Sitzung am 3.6.2020 mit diesem Thema. Einig war man sich, dass die öffentlichen Gemeinderatsprotokolle vorerst weiterhin in Papierform bekanntgegeben werden.

Anders verhält es sich mit nichtöffentlichen Protokollen, die nicht ausgehändigt werden dürfen.

Der Verwaltungsausschuss verständigte sich darauf, dass diese während der Sitzung umlaufen. Frau Zalder ist nach wie vor bereit, schon vor der Sitzung da zu sein und das Lesen der Protokolle zu ermöglichen.

Stadtrat E. Harrer hält dieses Verfahren für nicht praktikabel. Er schlägt vor, das nichtöffentliche Protokoll jeweils in der nächsten Sitzung zu verlesen.

Stadträtin Schwarz lehnt dies ab. Man sollte das Umlaufverfahren jetzt einmal ausprobieren und vom Angebot Frau Zalders Gebrauch machen.



Stadträtin Thaler schlägt vor, zwei Personen zu benennen, die das Protokoll lesen und unterschreiben. Reihum könnte das jeder Stadtrat übernehmen.

Stadträtin Schwarz hält dies nicht für sinnvoll. Sie befürchtet, dass diejenigen, die unterschreiben, unter Umständen Vorwürfe bekommen könnten.

Stadtrat Lukić empfiehlt, nicht lange darüber zu diskutieren, sondern sich die Protokolle entweder vor der Sitzung anzuschauen oder diese bei Frau Zalder im Rathaus einzusehen.

Stadtrat Weiler bittet, in den Beschluss noch aufzunehmen, dass die Genehmigung der Protokolle in der darauffolgenden Sitzung erfolgt.

Abschließend fasst der Gemeinderat mit einer Gegenstimme und 17 Ja-Stimmen folgenden

## **B e s c h l u s s:**

Öffentliche Gemeinderatsprotokolle werden dem Gemeinderat bis zur Einführung des neuen Ratsinformationssystems in Papierform, danach nur noch in digitaler Form bekannt gegeben.

Die Bekanntgabe nichtöffentlicher Gemeinderatsprotokolle erfolgt durch Umlauf in einer der nächsten Ausschuss- oder Gemeinderatssitzungen. Sie hat gegenüber dem Gremium zu erfolgen, um dessen Niederschrift es sich handelt.

Die Genehmigung der Protokolle erfolgt in der darauffolgenden Sitzung.

## **§ 7**

### **Bürgermeisterwahl 2020 - Modalitäten**

1. Der Gemeindevwahlausschuss wird wie folgt besetzt:

<b>Vorsitzender</b>	<b>Stellvertreter</b>
Jörg Kimmich	Sabine Zalder
<b>Beisitzer</b>	<b>Stellvertreter</b>
Jost W. Fuhr	Silke Höfert
Dr. Ingrid Feller	Ellen Düring

2. Der beigefügten Stellenausschreibung wird zugestimmt. Die Ausschreibung erfolgt im Staatsanzeiger vom 24.7.2020.
3. Die Einreichungsfrist endet am Montag, 7.9.2020, bei einer eventuell notwendig werdenden Neuwahl am Mittwoch, 7.10.2020, jeweils um 18 Uhr.
4. Die Kandidatenvorstellung wird am Montag, 21. September 2020 oder am Donnerstag, 24. September 2020 im Naturtheater Grötzingen in Form einer Podiumsdiskussion und in Zusammenarbeit mit der Nürtinger Zeitung stattfinden. Sofern möglich soll die Kandi-



datenvorstellung per Internet übertragen werden.

5. Den Ausführungen zum Wahlkampf unter Nr. 5 der Vorlage wird zugestimmt.
6. Die Amtseinsetzung des Bürgermeisters erfolgt in der Zeit zwischen 23. und 27. November 2020. Der endgültige Termin wird in einer gesonderten Sitzung nach Abstimmung mit dem Terminplan des Landrats festgelegt.

## § 8

### **Beratung über eine haushaltswirtschaftliche Sperre gemäß § 29 GemHVO im Haushaltsjahr 2020**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 49/2020. Sie ist diesem Protokoll beigelegt.

Die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) verpflichtet die Verwaltung dazu, den Gemeinderat unverzüglich zu unterrichten, wenn sich abzeichnet, dass sich das Planergebnis von Ergebnishaushalt oder Finanzhaushalt wesentlich verschlechtert. Bürgermeister Kruß kam in der letzten Gemeinderatssitzung dieser Pflicht nach und stellte damals fest, dass die Coronakrise sich auch auf die Finanzen der Stadt Aichtal auswirkt. Die Auswirkungen lassen sich nur schwer abschätzen. Jedoch deuten die jüngsten Anzeichen darauf hin, dass es im Land Baden-Württemberg dramatische finanzielle Einbußen geben wird. Die Zahlen der Mai-Steuerschätzung rechnen mit einem Steuerausfall von rund 3,5 Milliarden Euro. Diese Auswirkungen werden nicht nur dieses Jahr betreffen, sondern auch die kommenden Jahre. Gegenwärtig geht die Stadtverwaltung davon aus, dass im Ergebnishaushalt der Stadt Aichtal ein zusätzliches Defizit in Höhe von rund 1 Mio. Euro entstehen wird. Nachdem der Gemeinderat hierüber am 27.5.2020 informiert wurde, wurde die Verwaltung beauftragt, eine Vorlage zu erarbeiten, in der über eine haushaltswirtschaftliche Sperre Gemäß § 29 GemHVO abgestimmt werden kann.

Im Falle einer Haushaltssperre muss zwischen den laufenden Erträgen und Aufwendungen im Ergebnishaushalt und den investiven Auszahlungen im Finanzhaushalt differenziert werden. Begonnene Investitionen und Baumaßnahmen sind von der Sperre ausgenommen. Alle anderen investiven Projekte sind jedoch auf ihre Dringlichkeit zu prüfen. Letztlich entscheidet der Gemeinderat dann bei jedem einzelnen Projekt aufs Neue.

Allerdings muss mit allen Möglichkeiten die Vergrößerung des Defizits im Ergebnishaushalt verhindert werden. Im Krisenjahr 2020 muss von Gemeinderat und Verwaltung das Mindestziel gesteckt werden, dass die Liquidität nicht weiter abnimmt.

Die Kämmerei stimmte sich deshalb mit dem Bürgermeister und allen Produktverantwortlichen ab und ermittelte Einsparpotenziale in einer Gesamthöhe von 492.000 Euro. Durch diese Einsparpotenziale, ergänzt um die zusätzliche Soforthilfe des Landes Baden-Württemberg, kann das Defizit eingedämmt werden.

Stellvertretender Kämmerer Thumm berichtet, dass die Kämmerei deshalb vorschlägt, auf eine generelle Haushaltssperre gemäß § 29 GemHVO zu verzichten, dafür allerdings den vorgelegten Einsparvorschlägen zuzustimmen. Dies wäre leichter umzusetzen als eine gene-



relle Haushaltssperre, die gelten würde, bis ein Nachtragshaushalt erlassen wäre oder die Situation sich wieder normalisiert hätte.

Stadtrat Weiler bezieht sich auf die Klausurtagung des Gemeinderats, in der zwar viele Konsolidierungsvorschläge gemacht wurden, jedoch keine entsprechenden Beschlüsse gefasst wurden. Ihn interessiert außerdem, was hinter den vorgeschlagenen Zahlen steckt, also was konkret eingespart werden soll. Gespart werden muss beim Hallenbad und vor allem beim Personal. Dies sind wichtige Informationen, die die Verwaltung dem Gemeinderat vorenthält. Stadtrat Weiler bemerkt, dass das Landratsamt seit Jahren mahnt, dass Aichtal besser wirtschaften muss. Auch das Landratsamt stellte fest, dass der Personalaufwand zu hoch und beispielsweise die Abwassergebühren zu niedrig seien. Er vermisst konkrete Sparvorschläge, fordert eine Stellenwiederbesetzungssperre für ein halbes Jahr, ausgenommen für Erzieherinnen und den Hauptamtsleiter, und stimmt für eine generelle Haushaltssperre.

Stadtrat J. Harrer wünscht ebenfalls eine Aufschlüsselung der zu sparenden Beträge. Der Gemeinderat muss hier mitreden können. Trotzdem ist er nicht unbedingt für eine Haushaltssperre.

Stadträtin Schwarz wundert sich, sie ging davon aus, dass die Haushaltssperre beschlossene Sache sei. Sie stellt fest, dass der Haushalt schon vor Corona nicht rosig war. Da die Situation nicht besser wird, fordert sie, dass alle sich am Riemen reißen und sparen. Dazu gehören für sie Verwaltung, Gemeinderat aber auch die Bürger.

Stadtrat Steck spricht sich deutlich für eine Haushaltssperre aus, zumal sich die Situation weiterhin verschlechterte. Eine Haushaltssperre auf jeden Fall bis Ende dieses Jahres ist ein Mittel, dass der gesamte Gemeinderat sich entsprechend diszipliniert.

Stadtrat E. Harrer berichtet, dass kurz vor der Sitzung die Meldung kam, dass Bund und Land die Gewerbesteuer ausfälle der Kommunen in Höhe von 50 % übernehmen. Damit sähe die Lage doch etwas besser aus. Er beantragt die Verschiebung dieses Themas in die nächste Gemeinderatssitzung. Bis dahin sollte die Verwaltung die von seinen Kollegen gewünschten Zahlen vorlegen.

Bürgermeister Kruß geht kurz auf die von der Verwaltung vorgelegten Zahlen ein. Er stellt klar, dass diese Kosten lediglich verschoben, nicht jedoch komplett eingespart werden sollen. Bezüglich des Haushalts bemerkt er, dass dieser vom gesamten Gremium beschlossen wurde und alle sehr gut wissen, dass man auf manche Ausgaben wenig oder keinen Einfluss hat. Gerne werden dem Gemeinderat jedoch die gewünschten Zahlen zur Verfügung gestellt. Bewusst wurde auf eine Aufschlüsselung der vorgelegten Zahlen verzichtet, um eine Diskussion über Einzelbeträge zu vermeiden. Man wollte mit diesen Zahlen allerdings deutlich machen, dass die Verwaltung sich ihrer Verantwortung bewusst ist.

Zu den von Stadtrat Weiler erwähnten Konsolidierungsvorschlägen bemerkt er, dass dies massive Einschnitte erfordert hätte, beispielsweise auch die Schließung öffentlicher Einrichtungen. Hierfür erteilte der Gemeinderat der Verwaltung keinen Auftrag. Zu den geforderten Personalkosteneinsparungen stellt er fest, dass die Stadt Dienstleister ist und bereits jetzt schon deutlich weniger Personal hat als vergleichbare Städte. Bürgermeister Kruß erläutert, dass mit der Einführung des NKHR Abschreibungen und Verzinsungen beispielsweise auch für alte Gebäude erwirtschaftet werden müssen, was verständlicherweise zu einer entsprechenden Belastung führt.



Herr Thumm erklärt nochmals die Auswirkungen einer Haushaltssperre. So könnten Zahlungen nur nach Freigabe durch den Gemeinderat erfolgen. Alle investiven Maßnahmen lägen flach. Er betont nochmals, dass der von der Verwaltung vorgelegte Vorschlag leichter zu handhaben und für den Gemeinderat besser überprüfbar wäre.

Stadtrat Kimmich erkundigt sich nochmals nach der möglichen Dauer einer Haushaltssperre. Diese würde, so Herr Thumm, so lange andauern, bis ein neuer Haushalt erlassen wäre, der Gemeinderat sie aufheben würde oder von vornherein eine zeitliche Befristung festgelegt worden wäre. Praktisch würden Betragsgrenzen festgelegt, innerhalb derer der Bürgermeister eigenständig wirtschaften könnte. Dies wäre anzuraten, da sonst wegen jeder Rechnung der Gemeinderat entscheiden müsste.

Stadträtin Sturm beantragt, den Einsparvorschlägen sowie dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zuzustimmen. Allerdings wünscht auch sie die Aufschlüsselung der Beträge.

Auch Stadtrat Gärtner ist gegen eine generelle Haushaltssperre. Er macht deutlich, dass der Gemeinderat es trotzdem in der Hand hat, wofür Geld ausgegeben wird.

Stadträtin Madera möchte eine Haushaltssperre. Ihrer Ansicht nach wäre das ein deutliches Zeichen auch an die Bundespolitik.

Stadtrat Weiler betont nochmals, dass nicht eingespart sondern verschoben wird. Damit wird die Bugwelle, die die Stadt vor sich herschiebt, immer größer. Es fehlt für ihn an Konsequenz und er prangert nochmals die hohen Personalkosten an. Nachdrücklich besteht er auf seinem bereits vorher gestellten Antrag.

Auch Stadträtin Thaler möchte keine Verschiebungen sondern Einsparungen und zwar sofort. Dies wird ihrer Ansicht nach nur mit einer Haushaltssperre erreicht.

Bürgermeister Kruß hat grundsätzlich zwar Verständnis. Allerdings versteht er dann nicht, warum der Gemeinderat beispielsweise Friedhofsgebühren reduzierte oder Anträge auf eine Reduzierung von Gebühren für die Nutzung der Obdachlosenunterkünfte gestellt wurden, wie dies in zurückliegenden Sitzungen der Fall war.

Stadtrat Steck empfindet diese Beispiele als Unding. Stattdessen sollte man sich eher klar machen, welche Summen beispielsweise für das Mobilitätskonzept ausgegeben werden. Bei den großen Themen muss angesetzt werden, nicht bei geringen Beträgen. Für Gutachten und Pläne werden hohe Summen ausgegeben und nachher verschwinden diese Pläne in Schubladen.

Bürgermeister Kruß verwehrt sich gegen den Vorwurf. Auch beim Mobilitätskonzept hält er sich strikt an den Vertrag, dem der Gemeinderat zustimmte. Um die Diskussion zu beenden, möchte er nun über die gestellten Anträge abstimmen lassen.

Nachdem erneut das Thema Stellenbesetzungssperre aufkommt, drängt Stadträtin Sturm auf eine Abkürzung der Angelegenheit. Sie schlägt vor, die Stellen des Hauptamtsleiters und der Sachgebietsleitung Betreuung, Bildung und Kultur durch den Gemeinderat zu besetzen, die anderen freiwerdenden Stellen sollten durch den Bürgermeister besetzt werden. Sie erinnert an eine der zurückliegenden Klausurtagungen, bei dem auch der anwesende Referent feststellte, dass man mit dem Personal bei der Verwaltung an der untersten Grenze liegt.



Bürgermeister Kruß bekräftigt. Er erläutert, dass die Verwaltung nur deshalb funktioniert, weil alle bereit sind, Überstunden zu leisten. Im Falle einer Besetzungssperre würde er seinen Mitarbeiter\*innen raten, diese abzubauen. Frau Zalder gibt zu bedenken, dass es sich bei den demnächst frei werdenden Stellen im Einwohnermeldeamt und Standesamt um Pflichtaufgaben der Stadt handelt, die erledigt werden müssen.

Stadtrat Weiler ist über die Aussage des Bürgermeisters empört. Schließlich fordert er lediglich eine Verschiebung der Besetzung und nicht die Streichung der Stellen. Anders kommt man nicht vom Defizit herunter.

Stadtrat Steck widerspricht dem und bricht eine Lanze für die Verwaltung. Diese muss gut funktionieren. Allerdings bemängelt er in diesem Zusammenhang, dass bezüglich der Stelle der Sachgebietsleitung Betreuung, Bildung und Kultur von Seiten der Verwaltung keine Vorschläge mehr kamen. Ihm ist wichtig, den Gemeinderat in Entscheidungen einzubeziehen und gerade auch in diesem Bereich vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Abschließend wird nun über die gestellten Anträge abgestimmt.

Der Antrag von Stadtrat Weiler zur Stellenbesetzungssperre im Zeitraum von einem halben Jahr erhält drei Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen. Außerdem gibt es eine Enthaltung. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Der Antrag von Stadtrat E. Harrer, das Thema in der nächsten Sitzung zu behandeln und bis dahin genaue Zahlen zu bekommen, erhält 10 Ja-Stimmen, sieben Nein-Stimmen und eine Enthaltung. Damit ist dieser Antrag angenommen und es erübrigt sich, über eine Haushaltssperre abzustimmen.

Es gilt also folgender

### **B e s c h l u s s :**

Das Thema Haushaltssperre wird in der nächsten Gemeinderatssitzung beraten und beschlossen. Die Verwaltung legt bis dahin die genauen Zahlen für die Einsparungen vor, damit diese nachvollziehbar sind.

## **§ 9**

### **Sanierung des Ricoten-Spielfeldes in Aichtal-Neuenhaus - Vergabe eines Nachtrages**

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhielt jeder Stadtrat die Vorlage Nr. 52/2020, die diesem Protokoll beigelegt ist.

In der Gemeinderatssitzung am 20.2.2019 wurden die Arbeiten zur Sanierung des Ricoten-Spielfeldes in Neuenhaus an die Firma Garten Moser GmbH & Co. KG aus Reutlingen vergeben. Im Herbst 2019 kamen die Bauarbeiten ins Stocken, da Uneinigkeit über die Art und Weise der weiteren Ausführung bestand. Die für die Funktionsfähigkeit eines Kunstrasen-Spielfeldes erforderlichen Belastungswerte auf der Fläche konnten nach Auffassung der Firma Moser mit dem vergebenen Umfang der Arbeiten nicht erreicht werden. Die Firma weigerte sich deshalb, die Arbeiten fortzusetzen. Seither ruht die Baustelle. Unter der Maßgabe, die erforderlichen Belastungswerte zu erreichen, wurden innerhalb kürzester Zeit drei Nach-



träge vorgelegt, die unterschiedliche Herangehensweisen beinhalteten und demnach auch mit unterschiedlich hohen Kosten belegt waren.

In den zuständigen Gremien stieß dies auf Unverständnis. Letztendlich verständigte sich der Ältestenrat darauf, den gesamten Prozess einer fachanwaltlichen Prüfung zu unterziehen. Nach Abschluss dieser Prüfung ist festzuhalten, dass von allen Beteiligten Fehler in unterschiedlicher Ausprägung gemacht wurden. Die Feststellung des Fachanwalts lautete, so der Bürgermeister, dass ein Nachtrag in Kauf genommen werden müsse, wenn der Platz die vorgeschriebenen Werte erreichen soll. Der Anwalt empfahl, einen außergerichtlichen Kompromiss herbeizuführen.

Bürgermeister Kruß macht deutlich, dass es ohne Nachtrag beim Sportplatz nicht weitergehen wird. Die Firma Moser wird dann alle ihre Rechte ausschöpfen. Seiner Ansicht nach führt deshalb an einem Nachtrag kein Weg vorbei.

Stadtrat Bund war selber vor Ort. Er versteht nicht, warum jetzt diese Schwierigkeiten sind. Die Firma Moser baute auch den ursprünglichen Ricotenplatz und hätte wissen müssen, was sie erwartet. Er wirft dem Bürgermeister vor, dass er keine fachliche Unterstützung aus der Verwaltung und aus dem Gemeinderat hinzuzog. Seiner Ansicht nach ließ sich der Bürgermeister über den Tisch ziehen. Die FDP-Fraktion wird diesen Antrag deshalb nicht unterstützen. Entweder es wird neu verhandelt oder ein Gerichtsverfahren eingeleitet.

Stadträtin Schwarz möchte sich nicht die Pistole auf die Brust setzen lassen. Allerdings weiß sie, dass der Platz fertig gebaut werden muss. Ihrer Ansicht nach nutzt die Firma Moser diese Situation aus. Auch sie fordert neue Verhandlungen mit dem Ziel eines Vergleichs, zu dem jede Partei ihren Teil beiträgt.

Für Stadtrat Bubeck ist der Kunstrasen alternativlos. Allerdings kann er einer 30%igen Kostensteigerung nicht zustimmen. Vorher möchte er wissen, wer welche Fehler machte und die verhandelten Zahlen erfahren.

Stadtrat Lukić findet 100.000 Euro, zumal in der jetzigen Finanzsituation, auch viel Geld. Allerdings ist der Kunstrasenplatz ein Projekt für ganz Aichtal. Für ihn macht es keinen Sinn, dieses Thema noch weiter vor sich herzuschieben. Er stimmt deshalb dem Antrag zu.

Stadträtin Thaler empfindet Entsetzen und Unverständnis angesichts dieses Betrags. Sie hält diesen Nachtrag für nicht reell.

Stadtrat J. Harrer erinnert an verschiedene Besichtigungsfahrten und viele Diskussionen zum Thema Kunstrasenplatz. Nach wie vor steht seine Fraktion zu diesem Projekt. Allerdings möchte auch er wissen, wer hierfür die Verantwortung trägt. Er bittet um eine kurzfristige Sitzungsvorlage, aus der dies hervorgeht. Er bemängelt, dass seit zehn Monaten nichts passiert ist und auch kein tragbarer Kompromiss vorliegt. Deshalb verlangt auch er, dass die Stadt ihr Recht einfordert.

Stadtrat Kimmich bekräftigt, dass auch seine Fraktion hinter dem Kunstrasenplatz steht. Seiner Ansicht nach wurde diese Entscheidung sehr gut durchdacht. Deshalb ist er jetzt ebenfalls verärgert über diesen Nachtrag. Er verlangt, der Firma Moser Einhalt zu gebieten.

Stadtrat E. Harrer nahm Akteneinsicht, was jedoch nicht sehr aufschlussreich war. Irgendwelche Verhandlungen kann er dieser Akte nicht entnehmen. Deshalb fragt er sich, ob es eventuelle eine weitere Akte gibt



Stadtrat Steck ist äußerst ärgerlich, dass man sich wieder mit diesem Thema befassen muss. Er erinnert daran, dass der Ältestenrat den Bürgermeister beauftragte, hier hart zu verhandeln. Auch er bemängelt, dass weder der Stadtbaumeister noch ein sachkundiger Stadtrat an den Verhandlungen beteiligt wurde. Für ihn ist offensichtlich, dass sowohl Planer als auch die Fachfirma hier Fehler machten. Die Firma Moser kannte den Platz und hätte rechtzeitig auf das Problem hinweisen müssen. Andererseits erinnert er daran, dass der Gutachter den Bau des Kunstrasenplatzes für möglich hält. Für ihn wurde hier nicht offen miteinander umgegangen. Er fordert für seine Fraktion, dass neu verhandelt und notfalls vor Gericht gegangen werden muss. Einem Nachtrag wird seine Fraktion nicht zustimmen. Mit diesem Nachtrag läge man letztendlich bei Kosten in Höhe von 477.000 Euro.

Stadtrat Gärtner ist über die Höhe des Nachtrags überrascht. Er bedauert, dass dieses Thema erst jetzt wieder behandelt wird. Offene Fragen hätte man schon sehr viel länger stellen und vor allem klären können. Er ist verärgert über die schlechte Kommunikation zwischen Bürgermeister und Gemeinderat. Zudem steht jetzt auch noch die Sommerpause vor der Tür und damit geht noch mehr Zeit ungenutzt vorbei.

Bürgermeister Kruß bemerkt hierzu, dass man sich im Februar darauf verständigte, einen Fachanwalt einzuschalten. Mit Mail vom 30.4.2020 gingen dem Gemeinderat entsprechende Informationen zu. Er gibt nochmals zu bedenken, dass von allen drei Seiten Fehler gemacht wurden. Sein Vorschlag, den Fachanwalt in den Gemeinderat einzuladen, findet kein Gehör. Seiner Ansicht nach bringt es nichts, jetzt noch festzustellen, wer welchen Fehler machte, da es keine eindeutige Beweislage gibt. Ergänzend berichtet er, dass auch von Seiten der anderen Beteiligten ein Entgegenkommen da ist. Der Planer verzichtet auf das Honorar, das bei einem Nachtrag anfallen würde. Die Firma Gartenbau Moser berechnet keine Kosten für die Lagerung des bereits hergestellten Kunstrasens.

Stadtrat J. Harrer erklärt, dass dies für ihn kein Angebot und schon gar kein Kompromiss ist.

Stadtrat Bubeck stellt fest, dass die Firma Moser der Stadt droht. Dies sollte man sich nicht gefallen lassen und sich nun einen Anwalt nehmen. Seiner Ansicht nach sollten die Zusatzkosten gedrittelt werden.

Stadträtin Schwarz interessiert, bis wann die Firma Moser eine Entscheidung möchte.

Bürgermeister Kruß erklärt, dass hier keine Frist gesetzt wurde. Allerdings warten sie auf seinen für morgen angekündigten Anruf. Klar ist, dass, wenn nun die Anwälte miteinander verhandeln, es wieder eine große Zeitverzögerung geben wird. Um zu einem Ende zu kommen, sollte jetzt entweder über den Nachtrag oder über die Abgabe an einen Fachanwalt entschieden werden.

Abschließend fasst der Gemeinderat mit einer Gegenstimme und 17 Ja-Stimmen folgenden

## **B e s c h l u s s :**

In der Angelegenheit Sanierung des Ricoten-Spielfeldes in Aichtal-Neuenhaus wird der gesamte Vorgang seitens der Stadt an einen Fachanwalt übergeben. Dieser wird beauftragt, den Sachverhalt aufzuklären und die Fehler herauszufinden, die von allen Beteiligten gemacht wurden. Außerdem wird der Anwalt beauftragt, mit den Gegenparteien Verhandlungen zu führen, um zu einer gütlichen Einigung zu kommen.



## § 10

### Verschiedenes

#### § 10.1

##### Buswartehäuschen Grötzingen Ortsmitte

Stadtrat Mack spricht das neu errichtete Buswartehäuschen an der Haltestelle Grötzingen Ortsmitte an. Er empfindet es als relativ klein und wundert sich, dass es nirgends kommuniziert wurde.

Bürgermeister Kruß erklärt, dass es sich hier um eine Umsteigehaltestelle handelt und das Wartehäuschen dringend notwendig war. Dies ist es auch, sollte es irgendwann keine Umsteigehaltestelle mehr sein. Über diese Ausgabe war er befugt zu entscheiden.

Stadtrat J. Harrer begrüßt die Errichtung dieses Wartehäuschens, das seine Fraktion im Rahmen der Haushaltsplanungen beantragt hat.

#### § 10.2

##### Quartier 2020

Stadtrat Mack erkundigt sich nach den Fragebögen, die im Zusammenhag mit dem Projekt Quartier 2020 verschickt werden sollen.

Bürgermeister Kruß berichtete, dass er diesen Fragebogen in Zusammenarbeit mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe erstellt hat und ihm die final abgestimmte Fassung erst seit ein paar Tagen vorliegt. Die Bogen sollen in den nächsten beiden Wochen verschickt werden.

